

Jugendkonflikte : misslungene Konfliktschlichtung

Autor(en): **Neidhart, Leonhard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology**

Band (Jahr): **10 (1984)**

Heft 1

PDF erstellt am: **01.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-814578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JUGENDKONFLIKTE:
MISSLUNGENE KONFLIKTSCHLICHTUNG *)

Leonhard Neidhart
Universitäten Konstanz und Zürich
Turnerstrasse 6
CH-8066 Zürich

I

Bei allen Streitigkeiten zwischen einzelnen Menschen oder zwischen sozialen Gruppen werden oft mehr Dinge gedacht, gesagt und geschrieben, als man nach Beendigung der Konflikte noch wahrhaben möchte. Schwere Konflikte bewirken besondere Affektlagen und sie setzen einregulierte Mechanismen der Wahrnehmung, der Definition und der Kommunikation von Ereignissen oft ausser Kraft. Ausserdem erzeugen sie besondere Rechtfertigungs- und Schuldzuweisungsbedürfnisse sowie publizistische Aufmerksamkeiten, so dass die zahlenmässige Verbreitung von entsprechenden Streitschriften kein zuverlässiger Index für die darin enthaltene Reichweite und Tiefe der Erklärungen der Geschehnisse sein muss. Deshalb ist es auch müssig, im Nachhinein noch lange darüber zu rechten, was in der Hitze der Auseinandersetzungen an Richtigem und an Falschem geäussert worden ist.

Inzwischen hat das Thema Jugendkonflikte seine rasante publizistische Karriere abgeschlossen. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist erlahmt, die Medien haben ihr Interesse verloren und andere Streitfragen wie die Rüstung,

* Der folgenden Darstellung liegt ein Vortrag des Verfassers an der Universität Konstanz zugrunde, der erstmals im Uni-Info jener Universität (Nr. 112 vom 3. August 1981) veröffentlicht wurde.

das Sparen oder das Waldsterben beherrschen die öffentliche Tagesordnung und verdrängen die Probleme von gestern. Für die schnelle Durchsetzung von Forderungen mag dies nachteilig sein, für eine *unbefangene und vertiefte Betrachtung des Geschehens* aber nicht, weil sich die Sichtverhältnisse erst nach dem Sturm verbessert haben.

Als kleiner Beitrag zur Aufarbeitung jener unglücklichen Ereignisse von Zürich und Lausanne soll in den folgenden Notizen der Frage nachgegangen werden, warum es ausgerechnet in der Schweiz zu jenen langdauernden und heftigen Auseinandersetzungen kam, obwohl hierzulande jene Voraussetzungen von Jugendarbeitslosigkeit, von leerstehenden Häusern, von Ueberurbanisierung und Ueberzentralisierung der Bildungseinrichtungen (wie z.B. in Westberlin oder in Amsterdam) oder von politischer Partizipationsverweigerung (man vergleiche die intensive Nutzung der Volksinitiative durch die POCH) nicht bestanden. Welche Gegebenheiten unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft tragen dazu bei, Konflikte zu verschärfen und was hat dazu geführt, dass die traditionellen Mechanismen der Konfliktregelung in den genannten Streitfragen offensichtlich so schlecht funktioniert haben?

Nicht Gegenstand des Folgenden sind somit das, was man als die jugendsoziologischen Ursachen jener Konflikte bezeichnet. Fragen dieser Art sind in der seitherigen Debatte ein gutes Stück weit abgeklärt worden. Ausserdem stellt die Schweiz diesbezüglich keinen Sonderfall dar, sondern sie teilt die entsprechenden Spannungen und Tendenzen mit anderen industriell-kapitalistischen Demokratien. Gleichwohl soll auf *zwei jugendpolitisch* relevante Ursachen jener Geschehnisse aufmerksam gemacht werden.

Erstens: Das Jugendleben lässt sich als *Phase des Ueberganges* auf einer Brücke vom Kindes- zum Erwachsenenalter kennzeichnen. Dieser Uebergang ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen teils leichter, teils aber auch *schwieriger* und diskontinuierlicher geworden. Schwerer und damit Ursache für Konflikte ist er geworden,

- 1) weil der Aufstieg auf jene Brücke für viele aus der Ueberprotektion kleiner Kernfamilien stammenden Kinder mühsamer ist,
- 2) weil jene Brücke wegen der langen Ausbildungszeiten selbst länger geworden ist,
- 3) weil der demonstrative Konsum der Erwachsenen den Jugendlichen den Konsumverzicht sehr viel schwerer macht, als dies früher der Fall war und schliesslich
- 4) weil der Leistungsdruck der modernen Berufswelt auch den Abstieg von jener Brücke des Jugendlebens bzw. den Einstieg in die Erwachsenenwelt schwerer macht.

Weil das so ist, laufen immer mehr Jugendliche Gefahr, auf dem Gang über jene Brücke ihre Sicherheit, ihr Selbstvertrauen und ihre Zukunftshoffnungen zu verlieren. Vor allem die Schwächeren sind es dann, die sich in Fluchtbewegungen (Resignation, Drogen) verschiedenster Art hineinreissen lassen.

Zweitens: Das Leben von immer mehr Jugendlichen von heute verläuft in hohem Masse *abgelöst* von *direkten eigenen Erfahrungen* mit den Problemen sozialer Gruppen, des Alltagslebens, der Arbeit und auch abgelöst von den Vorgängen in Haus und Hof sowie dem Leben und Sterben der übrigen Natur. Entsprechende Erfahrungsbedürfnisse und Kenntnisse werden den Jugendlichen immer stärker über Medien (Fernsehen, Musik) vermittelt, was jenen hohen Bedarf nach Produkten der Musikkultur sowie nach Gemeinschaftserlebnissen in entsprechenden Veranstaltungen erzeugt. Aber es entstehen dabei Scheinwelten, die es dem jungen Menschen dann schwer machen, wenn er dann mit der konkreten und harten Wirklichkeit konfrontiert wird. Wo sind die Väter geblieben, hat man mit Recht gefragt. Diese Frage will darauf aufmerksam machen, dass es offenbar mit dem alltagsweltlichen Erfahrungstransfer über die Väter nicht mehr zum Besten bestellt ist und dass immer mehr Jugendliche immer weniger konkrete Vorstellungen über das Berufsleben ihrer Väter haben, über deren Tätigkeiten, Anstrengungen, über deren Freuden und Leiden oder über Erfolge und Misserfolge. Es steht zu vermuten, dass das Abkoppeln von solchen unmittelbaren Erfahrungsquellen mit zu jenen Frustrationen führt, die in den Agressionen in vielen Schulen und gegen die vorherrschende Kultur ihren Ausdruck gefunden haben. Eine an solchen Befunden ausgerichtete Jugendpolitik müsste dann dafür besorgt sein, dass auf allen Stufen unseres Bildungswesens *Wirklichkeitskontakte* und *Praxisphasen* eingebaut werden.

II

Konflikte der Erwachsenengeneration mit ihrer Jugend oder umgekehrt, Konflikte der Jugend mit der Erwachsenenwelt, somit alles das, was man mit dem Kürzel Jugendkonflikt umschreibt, zählen zu den *normalen Tatsachen* einer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Auch andere Teilgruppen der Gesellschaft, z. B. die Alten, die Frauen und die berufs- oder gebietsmässigen Gliederungen stehen oft in einem Spannungsverhältnis zum Ganzen. Im folgenden soll es erklärermassen nicht um die soziologische Natur solcher Spannungsverhältnisse gehen, sondern um die Frage, warum die bestehenden

politisch-gesellschaftlichen Konfliktregelungsmuster im Falle der Jugendkonflikte offenbar so *schlecht funktionierten* und welche anderen Merkmale unserer Gesellschaft dazu beigetragen haben, jenen Jugendkonflikt zu verstärken. Stellt man die Frage so, dann müssen jene Zürcher Ereignisse erst einmal genauer definiert werden. Sie sind mit der Bezeichnung als Jugendkonflikte nur sehr unzureichend umschrieben, erstens weil zahlenmässig nur auch ein kleiner Teil der Jugendlichen an den Auseinandersetzungen beteiligt war. Zweitens waren auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen nicht nur Jugendliche, sondern auch weitere Streitparteien wie die politischen Parteien und die Medien konfliktverschärfend an jenem unschönen Werk beteiligt und schliesslich drittens bestanden die erwähnten Ereignisse nicht aus einem einzigen, sondern mindestens aus *drei* Konflikten.

Die Auseinandersetzungen vor der Zürcher Oper Ende Mai 1980 stellten den Höhepunkt dessen dar, was man mit dem Begriff des *Jugendkulturkonfliktes* bezeichnen könnte. Durch seine misslungene Regulierung generierte er neue Auseinandersetzungen, welche auf ihrem Höhepunkt einer *politischen Stadtkrise* nahekamen. Unter dem Schutz der dabei entstandenen breiteren Massenmobilisierung gewann dann ein *violenter Vandalismus* an Spielraum, der schliesslich zur dritten Phase der Zürcher Unruhen wurde.

In einem Leserbrief an den Zürcher Tages-Anzeiger vom 2. 10. 1979 kommt dieser Sachverhalt klar zum Ausdruck:

Es geht uns Jungen nicht nur darum, gegen den hohen Eintrittspreis bei "Good News" (Konzertagentur) Konzerten zu protestieren. Die ganze Entwicklung der Rockmusik hat dazu geführt, dass ihre Inhalte – die Revolte gegen die Normen und Wertvorstellungen der Gesellschaft – erstickt wurden. Die ursprüngliche Spontanität und die Freude an der Musik sind von der Rockmafia (Schallplattenkonzerne, Musikzeitschriften, Konzertagenturen, Musikverlage) rücksichtslos vermarktet worden. Musikgruppen, die sich weigern, dieses Spiel mitzumachen, haben so kaum eine Chance für ihre Auftritte und Plattenaufnahmen (. . .). So kommen nur Gruppen zum Zug, die sich den Bedingungen des Rockbusiness anpassen und dann als "Supergruppen" präsentiert werden. Es ist Zeit, dass sich die Rockfans und Musiker zusammenschliessen, um Konzerte ohne kommerzielle Absichten selber zu organisieren. Dass Rockmusik subventioniert werden muss, ist schon lange fällig.

Zwei weitere knappe Zitate vermögen den Entstehungs- und Selbstdefinitionsprozess dieser Alternativ- oder Randgruppenkulturbewegung zu klären. Im "Extrablatt für die Jungen" des Tages-Anzeigers vom 12. 2. 1979 heisst es:

Sie wollen die Rockmusik auf das zurückführen, was sie anfangs war:

Revolte. Revolte gegen bestehende Verhältnisse, gegen Ungerechtigkeit, gegen Ausbeutung. Die Leute der Gruppe Rock als Revolte stellten am vergangenen Wochenende ihre Anliegen einer breiten Öffentlichkeit vor.

Im Bericht über ein Rockfest in der ETH am Höggerberg heisst es u.a.: *Die Zürcher 'Schtunk-Rock' Gruppe "Nacht und Nebel" kündete frei nach Bob Dylan an: "Härtere Zyte chömed uf eus zue." Inhalt und Form passten zusammen. Die brutale Aussage war getragen durch schneidend scharfe Gitarrentöne und dumpf und kompromisslos dröhnende Bässe."* (TA vom 12.12.1979)

Politisch am schnellsten reagierten die JUSOs und sie lieferten mit ihrem Vorstoss der Kulturprotestbewegung *politische Rechtfertigung und Zielrichtung.*

Die Stadt gibt um die 60 Mio Fr. jährlich für kulturelle Zwecke aus, doch davon profitieren beinahe ausschliesslich die Besucher der 'gehobenen' Kulturinstitute der grossen Drei: Opernhaus, Schauspielhaus und Tonhalle.

Um einen Ausgleich zu schaffen, lancierten sie eine Pop-Volksinitiative, wozu ein oder zwei Prozent des jeweiligen städtischen Kulturbudgets für die Organisation von Pop-, Rock- und Folkmusik ausgegeben werden müsste. (TA vom 23. 1. 1980)

Der Gruppe "Rock als Revolte" war dieser Weg des Volksbegehrens aber zu langwierig und sie wollte sich ursprünglich tatsächlich auch nicht an den Karren einer etablierten politischen Partei spannen lassen, sondern absolut autonom und "subito" handeln. Deshalb schrieb sie an die Stadtexekutive einen Brief, in dem es u. a. heisst:

Auf Grund der immer unbefriedigender werdenden Freizeitsituation von uns Jugendlichen haben wir uns entschlossen, diese Probleme konkret anzugehen. Aus unseren primären Bedürfnissen, auf die in dieser Stadt seit Jahren nur oberflächlich eingegangen wurde, haben sich folgende Forderungen ergeben:

- 1. Wir verlangen von der Stadt, dass uns eine ca. 500 qm grosse Halle zur Verfügung gestellt wird, die für Feste, Konzerte, Theater und Informationsveranstaltungen geeignet ist.*
- 2. Bis zur Bereitstellung einer permanenten Möglichkeit fordern wir das Benützungsrecht für die Aktionshalle der Roten Fabrik an mindestens zwei Tagen pro Woche. (. . .) Wir sind davon überzeugt, dass neben den etablierten Kulturinstitutionen (. . .) eine Kultur, die von unten kommt und für uns bestimmt ist, dringend notwendig ist. Wir erwarten bis spätestens am 29. März 1980 eine Antwort von Ihnen.*

Der Zürcher Stadtrat antwortete am 26. März 1980 und teilte mit, dass er zu Verhandlungen bereit sei, die Rote Fabrik aber vermietet sei und teils von der Oper als Probehöhne benötigt werde.

Wenn die Stimmberechtigten im Juni 1980 dem Umbaukredit des Opernhauses zustimmen, wird auch die oben skizzierte Nutzung der Aktionshalle wegfallen. Das Opernhaus wird in den kommenden Jahren in vermehrter Masse Abteilungen in die Rote Fabrik verlagern müssen. Erst nach Abschluss des Umbaus 1984 wird die Aktionshalle wieder für eine andere Nutzung freistehen."

(aus Brief des Stadtrates vom 26. 3. 1980)

Nach diesen Anmerkungen lässt sich die *Genese und Struktur des ersten Konfliktes* zusammenfassen:

1. Das Bedürfnis der Alternativmusiker nach geeigneten Räumlichkeiten war tatsächlich gross, weil verschiedene Uebergangslösungen ausgelaufen waren. Davon getrennt zu diskutieren ist die Rolle, welche solcherart Musik für die Lebensproblembewältigung und für die Freizeitgestaltung vieler Jugendlicher spielt. Offensichtlich kommt ihr eine bedeutsamere Rolle zu, als es von einer breiten Öffentlichkeit und auch von den städtischen Politikern eingeschätzt wurde. Die Rockbewegung war von der *Berechtigung ihrer Forderungen* absolut überzeugt. Sie wird darin frustriert und diese Frustration steigerte sich in dem Masse, wie durch die Abstimmungskampagne den Bewegungsleuten das Ausmass der Opernsubvention bewusst wird. Uebrigens hatte der Stadtrat in seinem Brief selbst die Aufmerksamkeit auf die Opernhausabstimmung gelenkt.
2. Die Einrichtung der *direkten Demokratie* ermöglicht nicht nur mehr Partizipation, sondern hat auch zur Folge, dass viel mehr Themen und Probleme politisiert und konfliktorisch entschieden werden. Man muss wissen, dass Kulturbaukredite in der Schweiz niemals problemlos über die Volksabstimmungsbühne gehen. Es herrschte deshalb eine gewisse Spannung. Ausserdem machten die Opernfreunde besondere Werbeanstrengungen. U. a. veranstalteten sie eine Art Volksfest vor der Oper, auf dem für Unterstützung und Zustimmung geworben werden sollte. In diesem Abstimmungsvorfeld wollten nun auch die Leute von der Rock- und Alternativbewegung agieren und dabei geriet die Auseinandersetzung ausser Rand und Band.

Dass es zu diesem – wie man meinen möchte – *vermeidbaren Zusammenstoss* kam, hatte verschiedene Gründe. Auf der einen Seite war es der

Aerger der Bewegungsleute darüber, leer ausgehen zu müssen, während die privilegierte Kultur einen Superkredit erhalten sollte. Auf der anderen Seite war es ein festlich gestimmtes und vornehmes Junifestwochenpublikum, welches seinerseits durch den Aufzug und die Aktionen der alternativen "Kulturleichen" angewidert war. In dieser Spannung ist dann Emotionalität und Aggressivität freigeworden.

Im Nachhinein ist es müßig, darüber zu rechten, wer den "ersten Stein" geworfen hat, bzw. ob der Anstoss zur offenen Auseinandersetzung durch erboste Opernbesucher, durch den nervösen Operndirektor oder durch einen unsicheren Einsatzleiter der anwesenden Polizeikräfte oder aber durch Belästigungen und Herausforderungen der Bewegungsleute geliefert wurde. Sicher ist nur, dass dieser Stein des Anstosses geliefert wurde, dass dabei ein neuer Konflikt erzeugt wurde und dass die Stadt Zürich in der Folge schwer für die missratene Schlichtung dieses Jugendkulturkonfliktes hat büßen müssen. Wie immer in solchen Konflikten, spielen Zufälle oder Parallelereignisse als akzelerierende Faktoren eine Rolle. In Zürich fand am gleichen Abend im Hallenstadion eine Rockveranstaltung statt. Nach ihrem Ende scheinen zahlreiche musikmobilisierte Teilnehmer an den Ort des Geschehens gekommen zu sein, wo sich dann viele an den Strassenkämpfen beteiligten, ohne überhaupt genau zu wissen, was vor sich ging. Dabei machten sie Polizeierfahrungen unbekannter Art, erlitten Enttäuschungen oder gerieten in einen Rausch von Aggressionslust, so dass der Stadtkonflikt am darauffolgenden Morgen nichts mehr mit der missratenen Demonstration vom Abend zuvor zu tun hatte.

Der als *politische Stadtkrise* bezeichnete zweite Konflikt bedarf hier keiner eingehenden Schilderung. Nachdem die Stadtbehörden sehr früh und schon am Opernabend recht *massiv die Polizei* eingesetzt hatten, diese aber den Konflikt nicht sogleich unter Kontrolle bringen konnte, nahm der bürgerliche Unfriede seinen Lauf. Die Polizei wurde zugleich wegen ihres überharten, von anderer Seite wegen ihres unwirksamen Einsatzes kritisiert. Es kam zu Solidarierungen und Distanzierungen, der Kulturkonflikt wurde zu einem politischen Konflikt. Der Grossteil der bürgerlichen Presse – vor allem die NZZ – schlug sehr bald einen scharfen Ton an, während sich der Tages-Anzeiger stark um eine umfassende Berichterstattung bemühte. Auf der Linken ging das "Volksrecht" mit seiner Solidarisierung mit der "Bewegung" manchmal zu weit, was die sozialdemokratische Partei an den Rand einer Spaltung brachte. Der harte Einsatz der Polizei brachte der "Bewegung" nicht nur viele "Gaffer", sondern vorübergehend auch einen erheblichen Zulauf an politisch Unzufriedenen, unter deren Massenschild es zu den bekannten Scherben, Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen kam und wo sich damit auch die Truppe des vorläufig letzten Aktes im Zürcher Trauerspiel formieren konnte.

Zwischendurch reagierte die unter starken parteipolitischen und öffentlichen Druck geratene Zürcher Stadtregierung einmal hart, einmal sanft, einmal entschlossen, ein anderes Mal unschlüssig. Sie öffnete schliesslich das symbolträchtig gewordene Autonome Jugendzentrum (AJZ), sie schloss es wieder und musste es wieder öffnen. Unter den *politischen Parteien* schlug die Schweizerische Volkspartei (SVP, Nachfolgerin der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) einen besonders scharfen Ton an. Sie forderte den Rücktritt des Stadtrates und eröffnete mit dem Thema der Jugendkonflikte gleichzeitig den Wahlkampf für das Jahr 1982, da sie als einzige der grösseren Landesparteien in der Zürcher Stadtexekutive damals nicht vertreten war. Daneben gab es ein Filmverbot, welches beinahe auch die Universität in den Strudel der Ereignisse hineingezogen hätte, man munkelte von Bürgerwehren, während sich die Demonstrationsverbote häuften. Die "Bewegung" selbst goss in der Hochstimmung ihres unerwarteten Erfolges Oel ins Feuer. Sie veranstaltete eine Nacktdemonstration, schüttete Müll auf die renommierte Bahnhofstrasse und versuchte, die Behörden und das Bürgertum durch Demonstrationen zu provozieren, die bewusst auf den Nationalfeiertag, auf Weihnachten und Neujahr sowie auf den 1. Mai gelegt wurden.

III.

Diese knappe Ablaufskizze schien mir notwendig gewesen zu sein, um jetzt ebenso gerafft nach *Gründen der Heftigkeit und der langen Dauer* der Zürcher Geschehnisse fragen zu können. Das Augenmerk soll dabei auf spezifisch schweizerischen Bedingungskonstellationen liegen und allgemein jugendsoziologische Ursachen ausser Betracht lassen.

1. Konflikte, die in einer *friedlichen Umwelt* ausbrechen, können tiefer enttäuschen und verletzen, als das dort der Fall ist, wo man solchen Vorkommnissen gegenüber abgestumpfter ist. In Zürich war das *erstmals der Fall*. Ein Grossteil des Bürgertums und auch der Behörden sahen keine Berechtigung für derartige Aktivitäten, was in der Stadtbevölkerung zunehmend zu Emotionen und Hass gegen die Demonstranten führte. Im Bewusstsein, eine fast perfekte Demokratie zu haben, wollte man keine "Legitimitätskonzessionen" dulden, setzte von allem Anfang an die Polizei ein, welche damit den Hass der Demonstranten auf sich

zog. Aber auch die Demonstranten beriefen sich auf die Möglichkeiten der Demokratie, so dass unversehens ein Grad von Feindseligkeit entstand, mit dem eigentlich niemand gerechnet und den auch nur wenige für möglich gehalten haben. Ausserdem haben die Konflikte in der ja beispielhaft friedlichen und demokratischen Schweiz im *Ausland* grosse Ueberraschung und publizistische Aufmerksamkeit ausgelöst, welche vermutlich ebenfalls konfliktverschärfend ins Land zurückgewirkt haben. Zum einen nämlich deshalb, weil die Zürcher Jugendlichen noch niemals internationale Schlagzeilen von diesem Ausmasse haben verbuchen können und die Bewegung diese internationale Aufmerksamkeit als Motivation, als Unterstützung und Rechtfertigung begriffen haben dürfte. Zum anderen kann wohl vermutet werden, dass diese der Geschäftsmetropole Zürich unangenehme und da und dort vielleicht auch etwas schadenfrohe internationale Oeffentlichkeit die Behörden und die Polizei in ihrem Bestreben bestärkt hat, dem "Unfug" ein schnelles und wirksames Ende zu machen. Somit erscheinen mir mit dieser besonderen *Oertlichkeit* des Friedens und mit der intensiven *Oeffentlichkeit* zwei Faktoren gegeben zu sein, welche die überraschende Zürcher Konfliktintensität miterklären können.

2. Die Schweiz ist ein *Kleinstaat* und aus dieser existentiellen Grundbedingung klein zu sein, ergeben sich vielfältige Bezüge zum Problem der Art und Weise der Austragung von Konflikten. Als Kleinstaat fühlt sich das Land von aussen ständig bedroht. Wer von aussen bedroht ist, kann sich im Interesse seines Ueberlebens im Inneren *weniger an Konflikten* und politischen Eskapaden leisten. Im Jargon könnte das heissen, dass die Frustrationstoleranz gegenüber abweichendem Verhalten in der Schweiz geringer ist, was sich etwa auch an der *Frage der Zivildienstverweigerer* ablesen lässt. Das war wohl auch im Falle der Zürcher Jugendkonflikte so, was dann zu den entsprechenden Reibungen geführt hat. Es kommt hinzu, dass der Kleinstaat seine internationale Umwelt sehr genau beobachtet, um eventuelle Gefahren frühzeitig erkennen zu können. So war und ist die Berichterstattung der Schweizer Presse über ausländische Studentenkonflikte, über terroristische Bewegungen, über Streiks und Krisen ausserordentlich intensiv, eine selektive Aufmerksamkeit des Kleinen, welche innenpolitisch nicht ohne Wirkungen bleibt.

Nach innen heisst Kleinstaatlichkeit immer auch grössere Knappheit an Mitteln und auch Begrenzungen der *funktionalen Autonomie*, alles Fakten, die von ihrer Natur her konfliktfällig sind. Wenn Mittel knapper sind, dann werden Verteilungskonflikte grösser, man muss länger auf bestimmte Problemlösungen warten oder der Staat wird seine knappen Mittel konzentrierter und selektiver einsetzen. Für Zürich heisst das,

dass viel Geld eingesetzt werden muss, damit dem Kleinstaat leistungsfähige Kulturinstitutionen offenstehen, die mit internationalen Standards mithalten können. Also hat die Stadt eine teure Opernhausrenovation vorgenommen. Damit war vorprogrammiert, dass andere Begehren zurückgestellt werden mussten und zurückgestellt wurden. Ueber eine Volksabstimmung sollte die notwendige Legitimation beschafft werden, doch die "Bewegung" von Zürich wollte ihre Begehren nicht derart zurückgestellt sehen. Kleinstaatlichkeit und Knappheit bedeuten auch reduzierte Handlungsspielräume und damit Begrenzungen pluralistischer Möglichkeiten. Das muss nicht notwendigerweise zu mehr Konflikt führen, weil damit bestimmte Handlungsalternativen von vornherein ausgeschlossen sind. So wird der Kanton Thurgau niemals eine Universität bauen und mit den damit verbundenen Konflikten behaftet sein. Umgekehrt hat diese kleinstaatliche Mittelknappheit insbesondere im *kulturellen Sektor* immer schon zu besonderen Konflikten geführt und so gesehen sind die Zürcher Ereignisse nicht prinzipiell neu. Alles in allem genommen sind kleine politische Kommunitäten also durchaus konfliktanfällige Gemeinschaften, doch hat die Schweiz in der Proporz- und Konkordanzdemokratie, im Föderalismus und auch mit den Institutionen der direkten Demokratie hochleistungsfähige Konfliktverarbeitungsverfahren ausgebildet. Nur scheint die schweizerische Politik allzusehr auf die traditionellen Konfliktstrukturen, nämlich die Sprachgegensätze, die Unterschiede zwischen den Kantonen und Regionen sowie den referendums- d. h. konfliktfähigen Gruppen der Gesellschaft konzentriert zu sein. Den Jugendkonflikt hat sie in Zürich zu lange *übersehen und unterschätzt*, bis er dann so schmerzhaft zum Ausbruch kam.

3. Kleinheit heisst auch *räumliche Enge* und diese scheint in Zürich in erheblichem Ausmasse zur Konflikteskalation beigetragen haben. Zunächst einfach deshalb, weil immer ein grosser Teil der Stadtbevölkerung und der in der Stadt Zürich Beschäftigten von den Auswirkungen der Demonstrationen betroffen wurden, was die Lage natürlich anheizte. In Fällen, wo Verkehrsknotenpunkte wie das Bellevue oder das Central behindert wurden, erlitt immer auch ein grosser Teil des sehr intensiven Stadtverkehrs- und des Stadtlebens Beeinträchtigungen. Umgekehrt standen den Demonstranten in der Enge der Stadt weniger Fluchtmöglichkeiten offen, was sich in Aggressivität umsetzte und letztlich wohl auch zu den vielen eingeschlagenen Schaufenstern führte.

4. Ein kleiner Staat, der mit der internationalen Konkurrenz mithalten will, muss also *mehr sparen und gleichzeitig mehr leisten*. Mehr sparen heisst auch, dass das Kultur-, Wissenschafts- und Bildungssystem in der Schweiz stärker als anderswo auf die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Ueberlebens hin funktionalisiert sind, was entsprechende Autonomien begrenzt. Es ist einmal gesagt worden, dass die Schweizer so oft von Freiheit reden, um sich damit über die Nöte ihrer kleinstaatlichen Enge und Abhängigkeit hinwegzuhelfen. Jedenfalls sind die starke *Betonung von Werten der Freiheit*, des Individuellen und des Privaten Strategien des inneren Umganges mit Knappheit, mit reduzierter Autonomie und mit Kontrolle durch Ueberschaubarkeit. Mehr leisten und dauernd hochwertige Qualitätsgüter zu produzieren verstärkt auch die Anforderungen und den Druck auf die Ausbildungssysteme. Jene Jugendlichen, die es dort schaffen, können mit gut bezahlten Stellen rechnen, wer nicht mitkommt, steigt sozial ab. Es kommt hinzu, dass die geburtenstarken Jahrgänge diesen Selektionsdruck in den qualifizierten Berufen und im höheren Bildungswesen zusätzlich verstärkt haben, was offensichtlich zu immer grösseren Zahlen von freiwilligen und unfreiwilligen Aussteigern geführt hat, welche auch in der "Bewegung" zu finden sind. Nur kurz erwähnt werden soll noch einmal die Frage, dass der höhere Leistungsdruck in der Ausbildungswelt den ausgleichenden Stellenwert der *Freiheit* und die dort möglichen kulturellen und unterhalterischen Möglichkeiten erhöht, womit der Kreis zur Bedürfnislage jugendlicher Freizeitkultur wiederum geschlossen wäre.

Die *Kommerzialisierung* jugendlicher Freizeitbedürfnisse macht schliesslich das *Geld* zu jenem Faktor, der darüber bestimmt, was sich Jugendliche leisten können und was nicht. Es wäre zu untersuchen, ob diesbezüglich nicht so etwas wie zwei Jugendklassen bestehen und ob sich diese Art der sozialen Chancenungleichheit nicht laufend vertieft. Auf der einen Seite gibt es dann einen hohen Konsum der Erwachsenen, auf der anderen Seite wachsen Gefühle der Benachteiligung und der Frustration, die sich durch gezieltes aggressives Einschlagen von Schaufenstern Luft machen. Wenn das zutrifft, dann steckt auch in all dem Gerede von alternativer Lebens- und Kulturgestaltung doch ein Kern von Unzufriedenheit über ungleich verteilte Freizeitressourcen.

5. Man darf wohl mit einem gewissen Recht behaupten, dass die schweizerische Gesellschaft und auch ihre soziale Kultur *konservativer* ist als die meisten ihrer Nachbargesellschaften. Die Gründe hierfür sind vielerlei. So hat die Verschonung vor Kriegen mehr traditionelle Strukturen und Denkweisen überleben lassen als anderswo, die dann mit Neuerungen immer wieder konflikthaft zusammenstossen. Die Knapp-

heit der Mittel und die dadurch geringeren Veränderungsspielräume, aber auch der ausgeprägte Föderalismus und die Wirkungsweise der direkten Demokratie gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Die Schweiz hat lange Zeit einen grossen Nutzen von dieser Traditionalität gehabt und weniger politische Innovationskosten bezahlen müssen, als das etwa in der Bundesrepublik der Fall ist. In Zürich haben sich nun aber auch die Kosten einer gewissen Erstarrung und Unbeweglichkeit gezeigt, in dem die traditionale bürgerliche Moralität heftig mit den unkonventionellen Kulturbedürfnissen von Jugendlichen zusammengeprallt ist.

6. Schliesslich wären noch einige konflikterzeugende Reibungsflächen des *schweizerischen Regierungssystems* zu nennen, welche in Zürich ebenfalls eine gewisse Rolle gespielt haben dürften. Da sind zunächst die konservativen und retardierenden Wirkungen des Referendums, das eben jene bürgerliche Moralität zur Wirkung bringt und an dem ja eine erste Jugendhausvorlage in Zürich gescheitert war, zu nennen. Die referendumsgebremste schweizerische Konkordanzdemokratie arbeitet langsam und produziert Politik nur in Kompromissen, was vorwärtsdrängende und politisch engagierte Jugendliche immer wieder enttäuscht. Ausserdem ist in linken Kreisen junger Politiker das Gefühl verbreitet, es mangle in der Schweiz an einer Opposition und an politischen Alternativen. Diese Gefühle haben sich auf dem Höhepunkt der Zürcher Bewegung immerhin mitartikuliert. Der Mechanismus der Volkswahl der Regierungen führt zusammen mit der Logik der Proporzdemokratie dazu, dass Regierende, wenn sie einmal im Amte sind, auf Lebzeiten im Amte bleiben. So gibt es diesbezüglich wenig temporale Gewaltentrennung und eine auf ihre Art bürokratisierte Regierungspolitik, die in der Stadt Zürich Jugendhausfragen tatsächlich zu lange verschleppt hat. Leider ist die Zürcher Bewegung von einigen *zu früh kriminalisiert* worden, was dann auch zu Formen der Kriminalität geführt hat. Eine alte und selbstbewusste Demokratie hat vergleichsweise unbefangene Polizei eingesetzt und sie wurde dann das grosse Risiko ihres Polizeieinsatzes lange nicht mehr los.